

DAS VOGTLAND HAT GEWÄHLT!

Wahlberechtigte, Wähler, Erst- und Zweitstimmenverteilung bei der Wahl am 24. September 2017 im Wahlkreis 166 Vogtlandkreis

Vorläufiges Wahlkreisergebnis

Merkmal	Erststimmen		Zweitstimmen	
	absolut	%	absolut	%
Wahlberechtigte	193 063	x	193 063	x
Wähler	142 789	74,0	142 789	74,0
Ungültige Stimmen	2 463	1,7	1 958	1,4
Gültige Stimmen	140 326	98,3	140 831	98,6
davon entfielen auf				
CDU	49 094	35,0	42 593	30,2
DIE LINKE	21 813	15,5	22 570	16,0
SPD	15 529	11,1	16 038	11,4
AfD	36 425	26,0	37 218	26,4
GRÜNE	5 290	3,8	4 262	3,0
NPD	x	x	1 448	1,0
FDP	7 832	5,6	10 138	7,2
PIRATEN	x	x	415	0,3
FREIE WÄHLER	x	x	1 298	0,9
BüSo	x	x	79	0,1
MLPD	x	x	144	0,1
BGE	x	x	355	0,3
DiB	x	x	255	0,2
ÖDP	x	x	311	0,2
Die PARTEI	x	x	1 494	1,1
Tierschutzpartei	x	x	2 050	1,5
V-Partei ³	x	x	163	0,1
RINK	4 343	3,1	x	x

© Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz, 2017

WIR SAGEN DANKE!

Der Kreisvorstand möchte für einen engagierten Wahlkampf DANKE sagen. Wir danken euch für jede einzelne Zeitung, die gesteckt wurde, jedes BürgerInnengespräch und jeden verteilten Apfel. Besonders unsere kleinen Ortsverbände haben in diesem Wahlkampf enormes geleistet.

Wir möchten aber auch jedem unserer Wählerinnen und Wähler DANKE sagen. Jede Stimme für die LINKE ist und bleibt eine Stimme für soziale und ökologische Gerechtigkeit, Frieden und einer klaren Kante gegen Rassismus und Nationalismus in unserem Land und ganz Europa.

aus dem Inhalt:

in Demut und Nachdenklichkeit	S. 2
Schönrechnerei beenden.....	S. 3
Mundart.....	S. 5
Briefe.....	S. 6

DIE LINKE.

IN DEMUT UND NACHDENKLICHKEIT

Zu den sächsischen Ergebnissen der Bundestagswahl erklärt

Zunächst einmal möchte ich einen Dank aussprechen: an die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, an die Parteimitglieder, an die Sympathisanten, die mit ihrem engagierten Einsatz geholfen haben, unsere Positionen ins Land zu tragen. Wir waren im ganzen Land präsent, haben um Zustimmung geworben. Das darf man nicht unter den Scheffel stellen.

Der gestrige Abend war ein schwerer für die sächsische LINKE. Wir haben es als Bundespartei geschafft, ein stabiles Ergebnis einzufahren, mit leichten Zugewinnen. Wir haben unser Ziel, 10 Prozent zu erreichen, zwar knapp verfehlt, aber in diesen Zeiten ist ein solches Ergebnis aus meiner Sicht jedoch keine Selbstverständlichkeit. Die sächsische LINKE konnte zu diesem Ergebnis allerdings deutlich weniger als erhofft beitragen. Sachsen war und ist das Kernland der rechtspopulistischen Auseinandersetzungen. Wir haben in den letzten Jahren versucht, mit unseren Mitteln dagegen zu halten. In Sachsen wie im gesamten Osten Deutschlands herrscht eine massive Opposition gegen Merkel, gegen die aktuelle Politik im Land. Es ist nicht gelungen, diesen Protest links zu bündeln. Stattdessen fand er seinen Ausdruck im Ergebnis der AfD.

Wir müssen uns fragen, warum es nicht gelungen ist, dieses Potential gerade hier in Sachsen bei uns zu binden. Wir werden im Freistaat nicht als Alternative zur herrschenden Politik wahrgenommen. Das ist Fakt. Deshalb sind auch Teile unserer WählerInnenschaft abgewandert. Es war richtig, im Kernland der rechtspopulistischen Auseinandersetzungen klare Kante gegen Menschenfeindlichkeit zu zeigen und eben nicht nach rechts zu rücken. Das waren wir uns genauso wie unseren über 398 000 Wähler*innen schuldig. Wir müssen aber mit Blick auf kommende Wahlen auch klar sagen können, wie wir zur Verbesserung der

Lebensverhältnisse in diesem Land beitragen wollen.

Besonders hervorzuheben ist unser Ergebnis in den Großstädten. Hier haben wir es geschafft, ein junges, urbanes Milieu zu überzeugen und an uns zu binden. Genau hier ist es uns gelungen, ein Direktmandat zu erringen. Ich gratuliere Sören Pellmann herzlich zu diesem Erfolg. Schaut man auf die Karte, dann wird man schnell feststellen, dass es in Leipzig eine rote Keimzelle gibt. Das haben wir auch unserer offenen Bürostruktur genau in diesen Wahlbezirken zu verdanken. Dennoch: Den ländlichen Raum können und dürfen wir nicht aufgeben. Wenn wir teilweise im ländlichen Raum in Gemeinden lediglich einseitig einlaufen, ist das ein Problem, das wir und nur wir lösen müssen.

Dass die AfD als stärkste Kraft in Sachsen aus dem Wahlgang hervorgehen konnte, zeigt auch: Die CDU trägt eine ganz große Mitverantwortung für das überdurchschnittliche Abschneiden der AfD in Sachsen. Ihre Toleranz von Rassismus trägt Früchte. Wir werden in Zukunft verstärkt zeigen, dass die Alternative für dieses Land nicht bei den Nazis in Nadelstreifen liegt, die nun mit der AfD in den Bundestag einziehen, sondern in einer tatsächlichen sozialen Erneuerung. Wir kämpfen weiter. In Demut und in Nachdenklichkeit vor diesem Wahlergebnis.~

*Rico Gebhardt
Landes- und Fraktionsvorsitzender
der sächsischen LINKEN*

DIE LINKE. SACHSEN LÄDT ZU WAHLAUSWERTUNG

Unter dem Titel „Lasst uns reden“ haben die Landesgeschäftsführerin Antje Feiks und der Landesvorsitzende Rico Gebhardt im Namen des Geschäftsführenden Landesvorstandes die Mitglieder der Partei DIE LINKE. Sachsen eingeladen, sich am Wahlauswertungsprozess zur Bundestagswahl 2017 zu beteiligen. In dem Schreiben an die Mitglieder heißt es dabei u.a.:

„Am Sonntagabend konnte sich die Bundespartei einerseits freuen. Wir konnten unser Stimmresultat absolut und relativ verbessern. Allerdings nicht in Sachsen. Das ist der bittere Teil des vorgestrigen Wahlabends und hier gibt es nichts schönzureden. Wir brauchen Antworten, warum dies so ist – in Offenheit, Ehrlichkeit und in aller Sachlichkeit.“

Die Partei müsse angesichts teilweise nur einseitiger Ergebnisse insbesondere in ländlichen Gemeinden die Frage beantworten, „was unsere Wege sind, zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in Sachsen beizutragen.“

Auftakt zur Wahlauswertung bilden hierbei drei Regionalkonferenzen in Chemnitz (18.10.), Dresden (19.10.) und Leipzig (24.10.), bevor die Partei sich am 4./5. November zum Landesparteitag in Chemnitz trifft. ~



Für eure Artikel!

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe
18. Oktober 2017

Sendet uns eure Beiträge an: redaktion@dielinke-vogtland.de



ZEIT ZU HANDELN STATT ZU SCHÖNEN!

Tatsächliche Arbeitslosigkeit im September 2017 im Vogtland

Schlechte Meldungen kann die Bundesregierung nicht gebrauchen. Deshalb bleibt sie dabei, die Arbeitslosenzahlen bundesweit schön zu rechnen. Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben oder an Weiterbildungen teilnehmen, werden bereits seit längerem nicht als arbeitslos gezählt. Viele der Arbeitslosen, die älter als 58 sind, erscheinen nicht in der offiziellen Statistik. Im Juli 2009 kam eine weitere Ausnahme hinzu: Wenn private Arbeitsvermittler tätig werden, zählt der von ihnen betreute Arbeitslose nicht mehr als arbeitslos, obwohl er keine Arbeit hat.

Dazu erklärt Maik Schwarz, Mitglied des Kreisvorstandes: „Wer die tatsächliche Arbeitslosigkeit erfassen will, muss ehrlich rechnen. Auf unsere Kritik, aus dem letzten Monat, reagierte Dr. Geier schlicht mit dem Verweis, darauf, dass ihre Berechnung den bundeseinheitlichen Vorgaben entspricht. Die tatsächlichen Zahlen, welche allein auf amtlichen Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit beruhen, zeigen immer wieder dass es weitaus mehr Menschen gibt, die Arbeit suchen. So waren im September in Wirklichkeit 8.839 Vogtländerinnen und Vogtländer arbeitslos, also lediglich 57 Menschen weniger als im August.“

Wie viele Menschen sich zusätzlich gar nicht erst arbeitssuchend melden, bleibt davon unberührt.



Wir bleiben dabei: Es ist Zeit zu handeln statt zu tricksen! Die Menschen müssen endlich die Chance haben, wieder in die Arbeitswelt integriert zu werden.“~.

POLITISCHES HANDELN ÜBERFÄLLIG

Viele Menschen in Sachsen ohne Versicherungsschutz vor Elementarschäden

Zum Antrag der Linksfraktion „Ministerpräsidenten-Versprechen erfüllen – Bundesratsinitiative zur Einführung eines flächendeckenden Versicherungsschutzes gegen Elementarschäden endlich auf den Weg bringen!“ (Parlaments-Drucksache 6/10012) erklärt Janina Pfau, Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag:

"Immer häufiger sind ganz normale Straßen, Orte und Gebäude von extremen Wetterereignissen wie Starkregen, Hagelschlag und Schlammlawinen betroffen, welche nicht in Hochwasserregionen und in bestimmten Gefahrenzonen liegen. Wir begrüßen die ungewöhnliche Allianz der Ministerpräsidenten aus Sachsen und Thüringen, sich im Bundesrat für eine Pflichtversicherung gegen Elementarschäden stark zu machen. Der gemeinsame Vorstoß einer LINKEN- und einer CDU-geführten Landesregierung macht vor, wie man für dieses wichtige Anliegen sogar Parteigrenzen mal hinten anstellen kann.

Laut Aussage des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft betrogen allein die Entschädigungsleistungen für Versicherte auf Grund der Unwetterserie zwischen Ende Juni und Anfang Juli 2017 rund 600 Millionen Euro. Zusätzlich besteht heute schon das Problem, dass Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer in Sachsen in bestimmten betroffenen Gebieten eine Elementarschadenversicherung nur zu unbezahlbaren Versicherungsbeiträgen bekommen oder für sie gar keine Möglichkeit mehr besteht, eine solche Versicherung abzuschließen.

Die Verbraucherzentrale Sachsen macht sich schon seit mehreren Jahren für die Einführung einer Pflichtversicherung für Elementarschäden stark. Sie hat eine bundesweite, repräsentative Umfrage in Auftrag gegeben, welche ergab, dass in Sachsen 69,2 Prozent eine Einführung einer gesetzlichen Versicherungspflicht gegen Elementarschäden befürworten. In der Schweiz funktioniert die Elementar-

Pflichtversicherung seit mehr als 80 Jahren."

Die Umweltpolitische Sprecherin der Fraktion Dr. Jana Pinka, fügt hinzu: "Wir wissen, dass in Sachsen viele Tausende Menschen immer noch ohne Versicherungsschutz vor Elementarschäden sind. Es gibt sicherlich eine erhebliche Anzahl, die es sich einfach nicht leisten kann, insbesondere Menschen, die ihre Gebäude zum Beispiel nach der sogenannten ZÜRS-Einstufung in der Gefährdungsklasse 4 eines Überschwemmungsgebietes haben. Deren Policen sind teuer und könnten nur durch Quersubventionierung aus flächendeckender Einzahlung in ein System aller Grundstücksbesitzerinnen und -besitzer bezahlbar werden. Damit wird Eigenvorsorge ermöglicht und die Rosinenpickerei von Versicherungen beendet!"~

OFFENER BRIEF ZUR ABWASSEREINLEITUNG IN DORFSTADT

Nach der Veröffentlichung in der Freien Presse vom 01.09.2017 auf Seite 9 „Bußgeld für Klärmuffel“, sehe ich mich nun zu diesem offenen Brief veranlasst.

Sehr geehrter Herr Landrat Keil, sehr geehrter Herr Dr. Pohl, sehr geehrte Damen und Herren,

wie zu lesen ist, müssen die Betroffenen, die ihre Abwässer ungeklärt einleiten, entsprechende Bußgelder zahlen. Nun möchte ich Ihnen die Realität darlegen, wie es mit dem Abwasser und der Einleitung hier in Dorfstadt tatsächlich zugeht:

Ein großer Teil von Falkenstein wird im sog. Mischsystem entwässert, dabei wird der Bereich etwa von der Hauptstraße in Richtung Bahnhof / Dorfstadt entsprechend dem Gefälle in eine Pumpstation im Stadtteil Dorfstadt geleitet. Immer dann, wenn es stärker regnet, was im Vogtland recht häufig der Fall ist, ist diese Pumpstation offensichtlich überlastet und es kommt zum Überlaufen. Der für das Kanalsystem positive Aspekt, dass durch den Regen das Kanalsystem durchgespült wird, zeigt sich aber an der Pumpstation als großes Problem. Zum einen kommt eine sehr große Abwassermenge an, die zum anderen auch noch die Fäkalien und den Grobschmutz aus dem Kanalsystem mitbringt. Dieser Überlauf wird durch den sog. Stadtgraben in die Treba geleitet. Da aber der Stadtgraben als auch die Treba bei der Pflege stark vernachlässigt wurden, sind diese stark bewachsen, auch zum Teil schon fast zugewachsen. Wenn sich dann die komplett ungeklärten Abwässer auf den Weg durch Stadtgraben zur Treba machen, bleiben die Feststoffe der Abwässer in Büschen und anderen Pflanzen hängen. In ganz extremen Fällen staut sich das dann soweit, dass sich die Abwässer samt ihrer Fäkalfracht in die Gartenanlagen am Stadtgraben verteilen. Um eine Vorstellung von der Menge der eingeleiteten ungeklärten Abwässer zu vermitteln, muss man sich vorstellen, dass der Abwasserstand im Stadtgraben auf einen Meter, und in der Treba um etwa einen Meter ansteigt. Hier fließen

bei jedem Starkregen tausende Kubikmeter ungeklärten Abwassers in die Treba. Die hinterlassenen Feststoffe im Stadtgraben zeigen auch deutlich, dass es sich hierbei nicht um überwiegend Regenwasser, sondern tatsächlich um Abwasser, welches noch nicht einmal grob vorgereinigt wurde, handelt. Mit Feststoffen ist hier Toilettenpapier und andere diverse Hygieneartikel gemeint. Wegen der mangelnden Pflege sind auch die Uferbereiche der Treba stark zugewachsen, was wiederum bei wetterbedingtem Hochwasser zum Rückstau, als auch zum hängenbleiben von Treibgut aus dem mitgerissenen Bewuchs führt. Als Folge ist dann mit Überschwemmungen zu rechnen, wenn mal mehr Wasser kommt als üblich. Der Hochwasserschutz wird hierbei viel zu sehr vernachlässigt. Diese vernachlässigte Pflege hat auch noch weitere Schäden zur Folge. So wird durch den Bewuchs mit Holzgewächsen und durch deren Wurzeln die Ufermauer an einigen Stellen auseinander gedrückt, wodurch die Ufermauern teilweise schon auseinanderbröckeln.

Dieser Zustand ist schon seit längeren bekannt, so mindestens zuletzt durch die Einreichung vom 04.05.2017 bei der Stadt Falkenstein mit Vorgangsnummer 2017-10. (siehe Anlage)

Aus diesen Tatsachen und der Veröffentlichung in der Freien Presse ergeben sich mir nun einige Fragen:

Ist es erlaubt, ungeklärte Abwässer einzuleiten, wenn die Anlagen es nicht mehr schaffen? Wie hoch darf der Feststoffanteil dabei sein? Welche Grenzwerte gelten hier und wer überwacht das?

Welche Bußgelder wurden für den Betreiber der Abwasseranlage wegen der Einleitung der ungeklärten Abwässer verhängt? Wie stellt es sich dar, wenn Abwässer der Falkensteiner mit „Vollanschluss“ durch den ZWAV dann gar nicht in ein Klärwerk, sondern direkt in den Bach geleitet werden? Finden Sie es moralisch vertretbar, dass der ZWAV Bußgelder für die Abwassereinleitung erhebt, aber solche Anlagen trotz der direkten Einleitung als „Vollanschluss“ bezahlen lässt?

Wer ist für die Pflege der Gewässer zuständig und wer setzt das durch?

Abschließend möchte ich nun die Ämter um Ihre geschätzte Meinung zu dem Problem und um Antworten auf die Fragen bitten, und die Vertreter der Medien bitte ich um entsprechende Veröffentlichung. Auch möchte ich mein Schreiben als Petition verstanden wissen.

Für Rückfragen stehe ich per Mail gerne zur Verfügung, gerne biete ich auch eine Führung vor Ort an.

Dipl. Ing (FH) Jens Uhlmann



DIE LINKE BRINGT WAHLPROGRAMM IN VOGTLÄNDISCH HERAUS

24.9.2017 DR BUNDESDOCH WERD NEI GEWÄHLT

*Aa wenn de Wohl nooch Erscheine dere Vuchtländboden-Ausgabe eh Geschichte is, mechten mor vor eich des Guschentprachtschick net verkrannign. Unner Dank gett an unnern Redaktör, den Jägers Klaus.
De Rädaktschion*

Was sogn, was wulln de LINKEN

(kurz gefasst auf vuchtländisch – net meckern, wens dr ´aane oder annere net esu schreim tät) Manche Leit sogn: is is ja esuwieso alles scha entschiedn, oder: is ännert sich sowieso nix. Richtich is awer: Es is nix entschiedn. Wie ´s in Deutschland weitergeht, des hängt aah dodrvah ab, wieviel Leit for de LINKEN ihre Stimm ohgaam! Is hängt aam aah von Ihrer/Deiner Stimm ab!!

Wofier stenne de LINKEN heit und morgn?

Des is uns am Wichtigstn:

Mir von dr Linken stenne for GERECHTIGKEIT, damit alle Leit in Deutschland de gleing Chancen hamm. Mir wolln e Land, e Gesellschaft, in der kaaner ausgegrenzt werd, dass jeder am Leb'n mit den gleing Racht'n teilhamm kaa. Mir wolln, dass jeder von seiner Arbeit gut leb'n kaa und dodrmiet ah sei Zukunft plane kaa. Mir wolln, dass Leit Hilfe kriegn, wenn se in Nut sei. Kaaner und Kaane soll unner Armut leidn. Mir von dr LINKEN sei geg'n jede Art von Kriesch. Mir setzn uns aktiv for Frieden in dr ganzn Welt ei.

Des is schlacht und des wolln mir ännern:

Mir von dr LINKEN finden ´s ugeracht, dass in unnern reing Land Kinner in Armut aufwachsen und dass de Millionäre immer mehr wern. Is is net fair, dass esu viel ältere Leit net gut von ihrer Rente leb'n kenne, aah wenn se 30, 40 Gahr hart gearbeit hamm. De Politik dr Herrschnd'n hot dodrzu geführt, dass de Arbeitsplätz in Deutschland immer usicherer worn sei. In de Schuln, ne Kinnergärt'n und in dr Pfluch dr Ältern fehlt is Gald. Awwer for ´s Militär wern die Ausgab'n vrdoppl't. Des muss sich ännern, ubedingt! Mir von de LINKEN kenne uns mit dere Art Politik net zefriedn gaam. Mir wolln, dass sich in unnern Land grundlengt ewos ännert.

Do kaa kaaner von uns erwart'n, dass mir e Koalition mit dr CDU/CSU eigh kenne. Mir wolln und mir kenne denne ihre Politik net unnerer Unterstützung gaam. Esu weiter net mit uns. Mir wolln en klarn politisch'n Wechsel und e soziales Land.

Mit Ihnen – ne Wähler und dr Wählerin – zesamm kenne mir ewos von Grund auf ännern. Unner Land kaa und darf net esu bleim wie ´s is.

Wenn de LINKEN bei dr Wahl zen Bundestoch viel Stimme kriegt, kenne mir aah viel erreing. Mir wolln soziale Gerechtigkeit und e sichere Zukunft.

NEIS VON DAR META

Ne Freitooch waafen unnerer zwee Weible, de Meta au Falknstaa un de Neideiteln aus Plaue, lang un braat, woas se fiern ne Sonntag kochn woll'n. Bei dar Meta gibbst Hiehnerbaa miet frisch'n Salat aus iehrn Gart'n un Salzerdepfel; in Plaue gibst Lammbrat'n, Bohnegemieße un griene Kleeß. Dann froocht de Neideiteln woas gibbs denn Neies bei Eich?

Drauf de Meta: „Nooch langer Zeit is mei Maa zer Kreistoochssitzung gefahr'n un woar nooch zwee Stund'n schaa widder dorhamm un hott ner geschimpft. „Die senne miech net glei widder. Dor LR Keil hott des Zeich in nen Affentempo durchgepeitscht und genuschelt, dess kaa Sau die wichtich'n Themen erfass'n konnt. Net e moll de Kreisrät, geschweige denn de Zuschauer hamm den Krempl verstand'n.“

Doo soocht de Neideiteln „Als iech gestern beim Bäcker eikaaf'n woar, hamm zwei ältere Weible aa ieber den Kreistooch geschimpft wie de Rohrspatz'n. Itze solln de amtlich'n Bekanntmachungen nimmer im Amtsblatt, sondern ner noch im Internet, woas viele altn Leit goar net hamm, noochzelesen sei. Doo hamm siech unnerer Verwaltungsspitzen e Kuckucksei neis eichne Nest geleeht. Do dormiet wolln se auf Teifel komm raus e paar Pfeng Geld sparn. Wern se lieber bei ne Bau von iehrn „Palazzo del Prozo“ sparsamer gewees'n wern, dann brauch't'n se itze sette Furtzideen goar net auszehecken“

Doo schittelt de Meta miet nen Kopf „Mar kaa dooch net en Teil dor Bevölkerung ausgrenz'n. Die Leit, die gor kaan Computer hamm un den Krempl net lesen kenne, pochen aber auf Gleichbehandlung, wie's im Gesetz stett. De gresste Frechheit is, dess e achzichjärscher Maa aus'n Oberland fier sei Geld nooch Plaue in LRA fahr'n muss, wenn er des Zeich schriftlich hamm will un dess aa noch bezohln soll, weils kostenpflichtich is! Iech will Meier haaßen, wenn de Rechtsaufsicht su e Bekanntmachungssatzung genehmig tut!!“

Dieter Riedler



Monatlich authentische Informationen aus Kuba und Lateinamerika!

Jetzt abonnieren!

deutsche Ausgabe
12 Ausgaben/Jahr
ab 18 €

www.jungewelt.de/granma

FERNSEHUELL

Merkel – Schulz die langweiligste inhaltsloseste Sendung seit langem!

Es war eine Zumutung, was dem Fernsehzuschauer geboten wurde. Es war eine unerträgliche Merkel-Schulz-Konsequenz, was die beiden Kanzlerkandidaten anderthalb Stunden abgeliefert haben. Schulz hat nicht mal versucht, sich von der Union abzusetzen. Um jeden Streit von vornherein aus dem Wege zu gehen, haben die beiden Langweiler die wichtigen Zukunftsthemen wie Klima, Bildung und Digitalisierung bei ihrem Gelaber außen vor gelassen!

Trotz überraschend kritischer Fragen der Journalisten haben diese noch nie so viel Oberflächlichkeiten und Belangloses am Stück um die Ohren geschleudert bekommen. Die schreibende Zunft war wirklich zu bedauern; Womit sollten sie um 21.45 Uhr noch die eingeplanten und fürs Kanzlerkandidaten - Duell reservierten Zeilen für die Montagsausgabe ihrer Zeitung füllen und der Redaktionsschluss nahe unerbittlich! Die Auswertung der Einschaltquoten von ARD und ZDF werden ergeben, dass im Quadrat der abgelaufenen Sendezeit die Zahl der Zuschauer an den Fernsehgeräten abgenommen hat.

Dieter Riedler

SOZIALE UNGLEICHHEIT

politisches Hauptproblem der Zukunft?

Wahlkampfgespräche sind interessant und auch für uns selbst wichtig, auch wenn sie schockieren. Z.B. wenn gefordert wird: "Flüchtlinge sollen zurück in ihre Länder und dort Ordnung schaffen!" oder "Auch Afghanen und Syrer sind abzuschieben, sie sollen in ihrem Land kämpfen!" Kennen diejenigen, die so sprechen, unser Grundgesetz und internationales Menschenrecht nicht oder wollen sie Menschenrechte nicht akzeptieren? Und wenn sie verächtlich von Wirtschaftsflüchtlingen sprechen: ist es für sie selbstverständlich, dass Frauen, Männer und Kinder der dritten Welt unter unmenschlichen Bedingungen unsere Kleidung nähen, unsere Unterhaltungselektronik herstellen, unter Lebensgefahr aus unserem Elektromüll verwertbare Metalle lösen, in Sklavenarbeit Baumwolle und Kakaobohnen ernten? Wir alle kennen diese Bilder aus dem Fernsehen! Ist denen, die "Ausländer raus" fordern, klar, was unser Leben in Deutschland (oder einem anderen Industrieland) kosten würde, wenn wir alles selbst herstellen müssten, was wir zum Leben brauchen?

Der Soziologe Heinz Bude schreibt "Vor 100 Jahren hat man in Holland als Bauarbeiter viermal so viel verdient wie in China. Heute verdient ein Bauarbeiter in Dänemark hundertmal so viel wie ein Bauarbeiter in Mali. Der Unterschied ist zudem: Der Bauarbeiter in Mali weiß das. Er kann es im Internet erfahren. Die Vergleichbarkeit von Lebenslagen weltweit wird das Thema 'Ungleichheit' für viele Jahre befeuern." (zitiert aus "Wachstum im Wandel", Verlag Bertelsmann Stiftung, 2016) Und Bude schlussfolgert: "Weltgesellschaftlich gesehen ist das Megathema der nächsten 30 Jahre Ungleichheit, nicht mehr Ökologie und nicht mehr nachhaltige Entwicklung. Weil Ungleichheit alles kreuzt": Die Wahrscheinlichkeit und das Ausmaß von Krisen und Katastrophen werden zunehmen, weil die globale Ungleichheit wächst, denn reiche Länder können sich eher gegen Folgen der globalen Erwärmung und anderer Umwelteinflüsse schützen und ihren Anspruch auf Ressourcen effizienter

und auf Kosten der restlichen Welt durchsetzen. Der reiche Teil der Welt wird seinen Wohlstand gegen Migration verteidigen. Das wird bei den Unterprivilegierten ein neues Gefühl von Kolonialismus entstehen lassen, das kann zur Radikalisierung beitragen. Darauf seien wir womöglich nicht ausreichend vorbereitet.

Die Politik des entfesselten Kapitalismus forciert die soziale Ungleichheit auch in den reichen Ländern: sie schuf hier ein neues Dienstleistungsproletariat im Transportgewerbe, im Sicherungsdienst, in der Gastronomie, in der Pflege, im Reinigungsgewerbe. Dieses Dienstleistungsproletariat ist zum großen Teil weiblich, und es rekrutiert sich zu einem erheblichen Teil aus Migrantinnen und Migranten. "Die Klassenfrage reformuliert sich als Migrationsfrage", schlussfolgert der Soziologe Heinz Bude.

Jeder von uns kann und muss erkennen: Wirtschaft und Ausbeutung funktionieren global, Katastrophen - ob Dürre, Überschwemmungen, Orkane, Hunger, Kriege, Flüchtlingsströme - werden international verursacht - unter starker Beteiligung der reichen Industrieländer. Die Probleme, durch die sie verursacht werden, können nur international gelöst werden. Das verlangt von uns allen, zu begreifen: Wir sind EINE WELT. Und für die tragen wir Verantwortung. "Germany first" ist der falsche Weg!

Sind wir als LINKE strategisch und politisch genügend darauf vorbereitet? Ich fürchte: nein.

Dr. Dorothea Wolff



BZGA-ONLINEPORTALE FÜR ÄLTERE MENSCHEN ALS NUTZERFREUNDLICH AUSGEZEICHNET

Die Onlineportale „Gesund & aktiv älter werden“ und „Älter werden in Balance“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) sind von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) als „nutzerfreundlich“ ausgezeichnet worden. Die offizielle Auszeichnung mit Verleihung einer Urkunde fand am heutigen Donnerstag im Rahmen des BAGSO-Wirtschaftsdialogs in Bonn statt.

Die beiden Internetangebote seien für Seniorinnen und Senioren eine hilfreiche Unterstützung im Alltag, loben die BAGSO-Experten. Die Anregungen zur Bewegungssteigerung seien interessant und die Darstellung der Übungen rege zum Mitmachen an.

Anlässlich der Urkunden-Verleihung erklärt BAGSO-Vorsitzender Franz Müntefering: „Wir wissen aus zahlreichen Befragungen älterer Menschen, dass sie sich auch in Gesundheitsfragen zunehmend des Internets bedienen. Flackernde Elemente und schwer nachvollziehbare Menüs wirken jedoch abschreckend, sodass viele ältere Nutzerinnen und Nutzer die Seiten wieder schnell verlassen. Wir begrüßen es sehr, dass die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung fundierte Informationen mit einer nutzerfreundlichen und übersichtlichen Gestaltung kombiniert hat. Den beiden Internetseiten wünschen wir viele Besucherinnen und Besucher und diesen, dass sie die hilfreichen Bewegungstipps in ihrem Alltag umsetzen und so viel für ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden tun.“

„Wir freuen uns über die Auszeichnung der BZgA-Onlineportale für die Zielgruppe der älteren Menschen“, sagt Dr. Heidrun Thaiss, Leiterin der BZgA. „Mit den Informationen will die BZgA Menschen ab 60 Jahren zu einem körperlich aktiven Lebensstil anregen. Denn wer sich im Alter ausreichend bewegt, bleibt länger selbstständig und geistig fit. Dadurch erhöht sich die Chance älterer Menschen, länger selbstbestimmt zu leben. Die BZgA bietet seriöse, fachlich geprüfte Ge-

sundheitsinformationen, was angesichts der Vielzahl der Angebote im Netz immer wichtiger wird.“

Das Internetangebot „Gesund & aktiv älter werden“ der BZgA informiert rund um das Thema „Gesundes Alter“. Neben Tipps zu den Themen Demenz, Ernährung und Osteoporose gibt es eine Übersicht zum deutschlandweiten Angebot an Projekten und Initiativen der Gesundheitsförderung und Prävention für Ältere. Seite 2 Nah an den Lebenswelten älterer Menschen ist das 2014 gestartete BZgA-Präventionsprogramm „Älter werden in Balance“, das vom Verband der Privaten Krankenversicherung e.V. (PKV) unterstützt wird. Hier liegt der Schwerpunkt auf dem Thema Bewegung. Auf dem jetzt ausgezeichneten Webportal www.aelter-werden-in-balance.de werden neben allgemeinen Tipps und alltagsnahen Übungen auch zwei Bewegungsprogramme vorgestellt: Das „Lübecker Modell Bewegungswelten“ und das „AlltagsTrainingsProgramm“.

Während sich das „Lübecker Modell Bewegungswelten“ (LMB) an Bewohnerinnen und Bewohner von Senioreneinrichtungen sowie die ambulante Tagespflege richtet, spricht das „AlltagsTrainingsProgramm“ (ATP) alle Menschen ab 60 Jahren an, die ihren Alltag nachhaltig aktiver gestalten möchten. Die Programme zur Bewegungssteigerung leisten so einen Beitrag für mehr Lebensqualität und den Erhalt von Selbstständigkeit und Selbstbestimmtheit im Alter. ~

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

Unter

www.dielinke-vogtland.de/presse

finden Sie den jeweilig vorgesehene(n) Erscheinungstag des Vogtlandboten. Ebenso eine digitale Ausgabe. So können Sie sich aktuell und als Erste informieren!

Hier können Sie auch vorhergehende Ausgaben nachlesen!

Bedenken Sie bitte, dass sowohl die Erstellung als auch die Verteilung der Papiausgabe nur durch ehrenamtliche Helfer erfolgen. Somit kann sich eine Zustellung in Ihrem Briefkasten auch mal etwas verzögern. Und – die Druckausgabe könnten Sie dann auch Nachbarn oder Bekannten weitergeben!

INTERESSANT?!

Seit dem Wahlwochenende sind über 1100 Menschen neu in DIE LINKE eingetreten. Das macht angesichts der Rechtsverschiebung im Bundestag Mut. Schließ Dich mit uns zusammen für mehr soziale Gerechtigkeit, gegen die Rechtsverschiebung und die soziale Kälte. Du kannst sofort online Deinen Eintritt in die Partei DIE LINKE erklären.

<https://www.die-linke.de/mitmachen>

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15.09.2017, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 18.10.2017. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.